

Alterung und Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Das Jahr 2020 markiert eine Zäsur in der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ist die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort im Inland zum ersten Mal seit 2006 gesunken. Gleichzeitig hat sich der seit 2012 anhaltende Rückgang der Zahl der Selbstständigen weiter verstärkt. Das Statistische Bundesamt betont jedoch, dass der Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt aus demografischen Gründen auch ohne die Pandemie in den nächsten Jahren zum Stillstand gekommen wäre. Aktuelle Deutschlandkarten machen deutlich, welche Entwicklungen dieser Einschätzung zu Grunde liegen. Von Tim Leibert

Geburtenstarke Jahrgänge nähern sich dem Rentenalter

Zwischen 2008 und 2019 ist der Anteil der über 50-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (sv-Beschäftigte) um zehn Prozentpunkte gestiegen. Inzwischen ist mehr als ein Drittel der Beschäftigten über 50. Öffentliche und private Arbeitgeber stehen daher in den kommenden 15 Jahren vor der Herausforderung, einen erheblichen Teil ihrer Belegschaft ersetzen zu müssen. Die Dynamik der Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung erklärt sich einerseits dadurch, dass sich aktuell die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre dem Rentenalter nähern (Destatis 2020). Andererseits ist die Erwerbsbeteiligung der über 55-Jährigen durch verschiedene Arbeitsmarkt- und Rentenreformen (Brussig 2015) in den letzten Jahren deutlich gestiegen, insbesondere bei den Frauen (Geis-Thöne 2021, Wilke 2020). Prognosen zufolge ist bis Mitte/Ende der 2030er-Jahre ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erwarten. In den Folgejahren ist mit einer gewissen Stabilisierung zu rechnen (Petersen u. a. 2020, Wilke 2020).

Karte 1 zeigt, dass insbesondere die ostdeutschen Länder (mit Ausnahme von Berlin) vor enormen Herausforderungen stehen. Der Anteil der über 50-Jährigen Beschäftigten liegt dort fast überall bei knapp 40 Prozent. Die stärksten Anstiege seit 2008 verzeichnen jedoch mit mehr als zwölf Prozentpunkten der Regierungsbezirk Münster, Oberfranken und das Saarland. Weiterhin fällt auf, dass in Berlin und der Region Leipzig, aber auch in Oberbayern und Hamburg, die Dynamik der Alterung schwächer ausgeprägt ist als im Bundesdurchschnitt. Die Zuwanderung jüngerer Menschen aus dem In- und Ausland mildert in diesen städtisch geprägten Regionen die Alterungstendenz etwas ab. Auch wirtschaftsstarke Regionen wie die Regierungsbezirke Darmstadt und Stuttgart sind weniger stark von den Alterungstendenzen betroffen als strukturschwache Regionen wie etwa die Regierungsbezirke Kassel und Braunschweig in Nordhessen bzw. Südniedersachsen. Dadurch können die bestehenden Ungleichgewichte verstärkt werden, da die wirtschaftsschwächeren Regionen vor offensichtlich größeren Herausforderungen stehen, den Generationswechsel zu bewältigen. Dies gilt in besonderem Maße für Ostdeutschland, wo die demografischen Herausforderungen durch strukturelle Defizite, etwa in der Branchenstruktur oder der Infrastrukturausstattung, verstärkt werden (Ragnitz 2019).

Relativer Bedeutungsverlust der jüngeren Beschäftigten

Der Anteil der unter 30-Jährigen an den sv-Beschäftigten ist zwischen 2008 und 2019 um zwei Prozentpunkte auf knapp 21 Prozent zurückgegangen. Hinter dieser auf den ersten Blick moderaten Veränderung verbergen sich jedoch signifikante regionale Unterschiede insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland (**Karte 2**). Abgesehen von deutlich überdurchschnittlichen Anteilen in der Oberpfalz, Niederbayern, Schwaben und der Region Trier, lag die Abweichung der Anteile der jüngeren Erwerbstätigen vom Bundesdurchschnitt in allen Regionen unter zehn Prozent. Eindeutige Ost-West- oder Nord-Süd-Gegensätze lassen sich für 2008 aus **Karte 2** nicht ableiten.

Ein Jahrzehnt später hat sich das Bild erheblich gewandelt. In der Oberpfalz, in Niederbayern, Schwaben und der Region Trier liegt der Anteil der jüngeren Erwerbstätigen 2019 weiterhin mehr als zehn Prozent über dem Bundesmittel. Gleichzeitig verzeichnet Ostdeutschland einen massiven Rückgang, sodass sich inzwischen ein klarer Ost-West-Gegensatz herausgebildet hat. Alle ostdeutschen Regionen außer Berlin liegen inzwischen mehr als zehn Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Da die Zahl der sv-Beschäftigten in Deutschland zwischen 2008 und 2019 insgesamt deutlich angestiegen ist, handelt es sich bei dem Rückgang um zwei Prozentpunkte bei den unter 30-Jährigen nur um einen relativen Bedeutungsverlust. Die absolute Zahl der jüngeren Erwerbstätigen ist nämlich um knapp zehn Prozent gewachsen: Der relative Bedeutungsverlust erklärt sich dadurch, dass der Zuwachs in dieser Gruppe geringer war als das Wachstum der Erwerbsbevölkerung insgesamt.

Markante regionale Unterschiede

Die absolute Zahl der jüngeren Erwerbstätigen ist in Oberbayern (+20,4 %), dem Regierungsbezirk Köln (+21,8 %), der Region Weser-Ems (+23,9%) und insbesondere Berlin (+27,4 %) am stärksten gewachsen. Die geringsten Zuwächse waren in Unterfranken (+3,0%), Oberfranken (+3,8 %) und im Saarland (+4,8 %) zu verzeichnen. Ganz anders in Ostdeutschland: Hier ist die Zahl der unter 30-Jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Betrachtungszeitraum regelrecht eingebrochen, insbesondere in der Region Chemnitz (-26,4 %), aber auch in Mecklenburg-Vorpommern (-25,5 %), Sachsen-Anhalt (-23,9%) und Thüringen (-23,6 %). Selbst in der Region Leipzig (-4,9 %) ist die absolute Zahl der jüngeren Erwerbstätigen gesunken.

Experten warnen vor erneuter Deindustrialisierung Ostdeutschlands

Von Berlin abgesehen stehen die Arbeitsmärkte im Osten somit vor einer besonders schwierigen Aufgabe. Einerseits wird eine große Zahl von Beschäftigten in den nächsten 15 Jahren in Rente gehen, andererseits ist die Zahl der Nachwuchskräfte deutlich rückläufig. Es ist abzusehen, dass ein bedeutender Anteil der durch Verrentung freiwerdenden Stellen nicht besetzt werden kann. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst und für Stellen, die einen Hochschulabschluss oder eine Berufsausbildung erfordern (Bauer u. a. 2018). In Ostdeutschland könnte durch einen Mangel an Fachkräften im produzierenden Gewerbe eine „zweiten Deindustrialisierung“ (André u.a. 2018) drohen. Außerdem ist zu befürchten, dass Unternehmen aus dem Markt ausscheiden müssen, weil es ihnen nicht gelingt, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen (Ragnitz 2019).

Zukünftige Herausforderungen und mögliche Lösungen

Die Zahl der Erwerbspersonen wird Prognosen zufolge bis 2060 je nach Szenario in Westdeutschland um drei bis 22 Prozent zurückgehen, in Ostdeutschland um zwölf bis 28 Prozent (Destatis 2020). Zur Bewältigung dieser demografischen Herausforderungen sind fünf Strategien denkbar:

- Aktivierung von bisher ungenutzten Erwerbspotenzialen durch eine weitere Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit;
- Aktivierung von bisher ungenutzten Erwerbspotenzialen durch eine Förderung der Erwerbstätigkeit älterer Personen;
- Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Automatisierung, Digitalisierung und Technologisierung;
- Zuzug von Beschäftigten aus dem Ausland (Arbeitsmigration) (1. bis 4. siehe Witzke 2017);
- Stärkere Qualifizierung der Beschäftigten durch Verbesserung der Aus- und Weiterbildung (Petersen u. a. 2020).

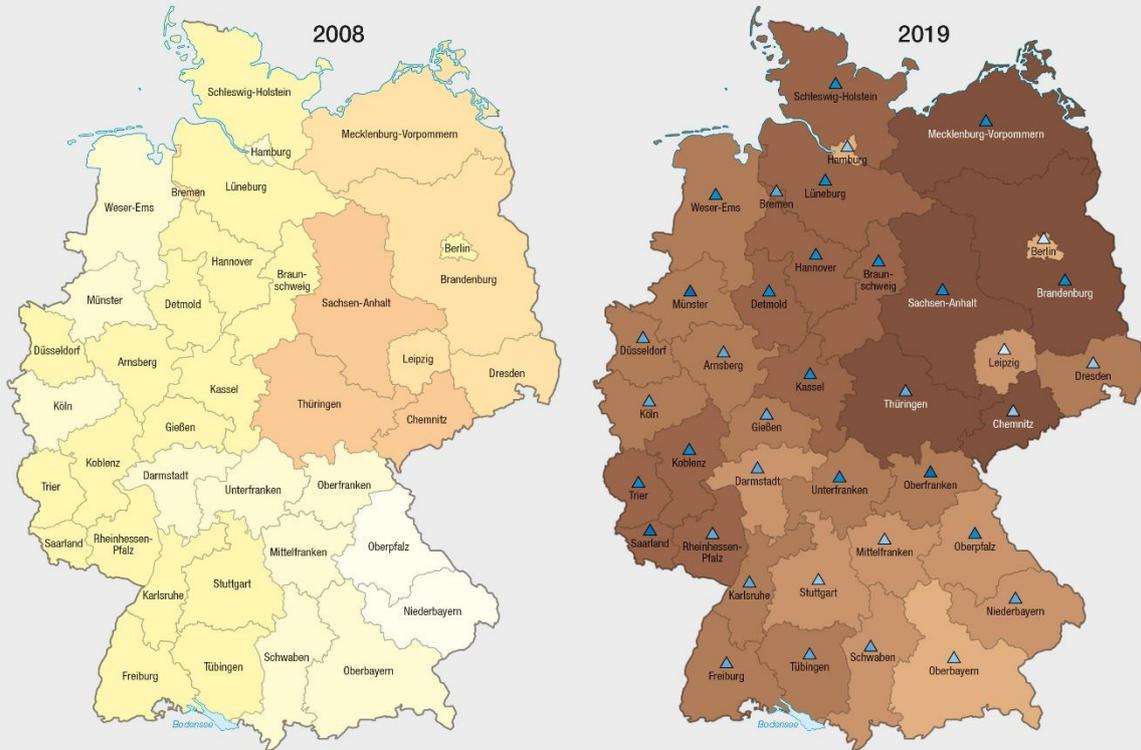
Bereits in der Schule werden der Grundstein und wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Berufsleben geschaffen. Daher ist es besonders problematisch, dass noch immer je nach Bundesland und Region ungefähr fünf bis zehn Prozent eines Jahrgangs die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen (BBSR 2020, vgl. auch Kramer 2014). Bundesweiter Spitzenreiter ist Sachsen-Anhalt, also ausgerechnet das Land, das sich eine „Verschwendung von Humankapital“ am wenigsten leisten kann.

Mit Blick auf die inländischen Erwerbspotentiale ist festzustellen, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten 20 Jahren gestiegen ist, insbesondere in den höheren Altersgruppen (Fuchs u. a. 2019). Die zusätzlichen Potenziale bei Frauen dürften insbesondere in einer Erhöhung des Arbeitsvolumens liegen. Denn der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist bei den Frauen erheblich höher als bei den Männern, ebenso wie der Anteil der Unterbeschäftigten, also der Teilzeitkräfte, die gerne mehr arbeiten würden. Die Aktivierung dieser Potenziale setzt jedoch eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Wilke 2020) und einen Wandel der innerfamiliären Arbeitsteilung voraus. Das könnte jedoch zur Folge haben das Risiko, dass im Gegenzug die Väter ihre Arbeitszeit reduzieren wollen (Fuchs und Weber 2018). Größere Potenziale bestehen bei den in Deutschland lebenden ausländischen Frauen, deren Erwerbsquote deutlich unter der von deutschen Frauen liegt (Fuchs u. a. 2019, Fuchs und Weber 2018). Doch selbst unter der (unrealistischen) Annahme einer Angleichung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern sowie von deutschen und ausländischen Frauen und der damit verbundenen Steigerung der Erwerbsbeteiligung könnte die demographisch bedingte Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung nicht ausgeglichen werden (Fuchs u. a. 2019).

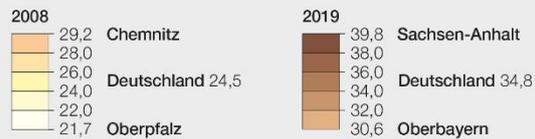
Daher dürfte der Zuzug zusätzlicher Erwerbspersonen aus dem Ausland, neben Automatisierung und Digitalisierung (Petersen u. a. 2020), die entscheidende Stellschraube darstellen, diesen Arbeitskräftemangel zu entschärfen. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland (André u. a. 2020, Ragnitz 2018, Ragnitz 2019), wo der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an den sv-Beschäftigten sehr niedrig ist. Seit Mitte der 2000er-Jahre steigt beispielsweise in Sachsen die Nachfrage nach Arbeitskräften, während die Zahl der Deutschen im erwerbsfähigen Alter seit der Jahrtausendwende kontinuierlich zurückgeht (Ragnitz 2020). Sowohl in Sachsen als auch in Thüringen wurden in den letzten Jahren neu entstandene Arbeitsplätze zunehmend mit Bewerberinnen und Bewerbern aus dem Ausland besetzt (André u. a. 2020, Ragnitz 2020). Der langfristige Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials kann durch Zuwanderung aus dem Ausland jedoch nur abgemildert, aber nicht aufgehoben werden (Fuchs u. a. 2017).

Karte 1

Anteil der älteren Beschäftigten 2008/2019 nach Regionen*



Anteil der über 50-Jährigen an allen Beschäftigten
nach Regionen*
in Prozent



Veränderung 2008 zu 2019
in Prozentpunkten



* Berücksichtigt wurden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Regionsbezirken und statistischen Regionen sowie Ländern, in denen diese regionale Ebene nicht besteht.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

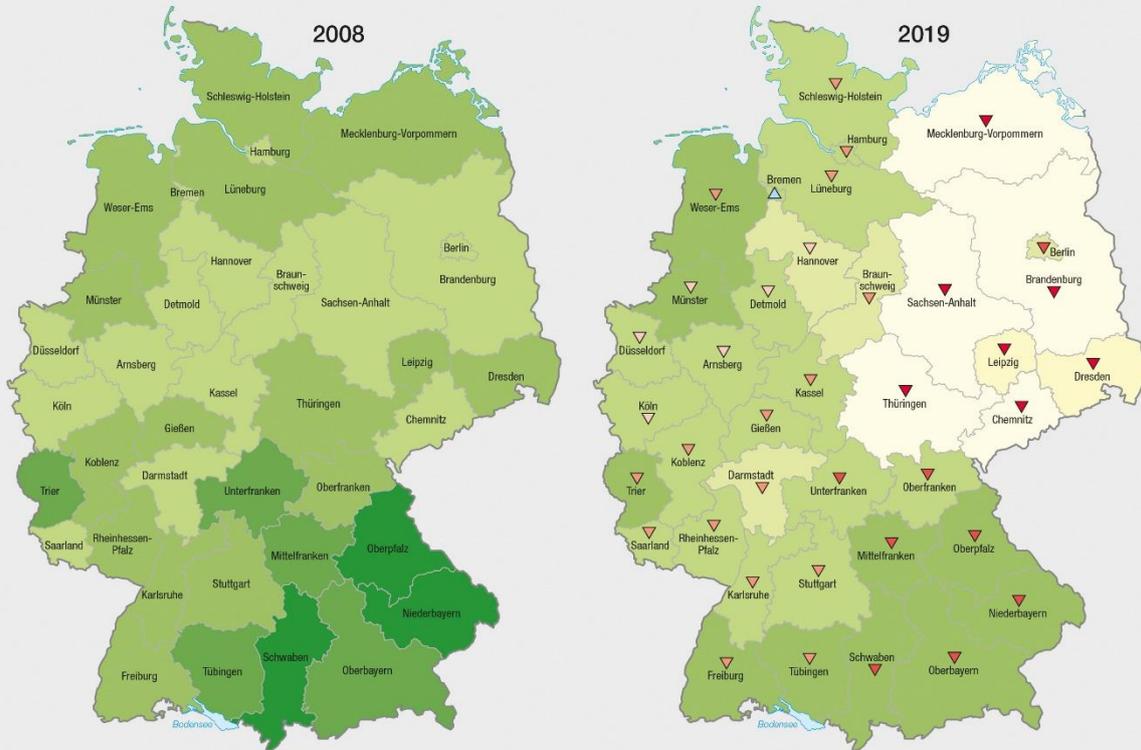
0 50 100 km



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2021
Autor: T. Leibert
Redaktion: B. Hölzel
Kartographie: R. Schwarz

Karte 2

Anteil der jüngeren Beschäftigten 2008/2019 nach Regionen*



Anteil der unter 30-Jährigen an allen Beschäftigten nach Regionen* in Prozent

2008	2019
Niederbayern 27,1	24,3
26,0	22,0
24,0	20,0
22,0	18,0
Bremen 20,1	16,0
	14,9
Deutschland 22,6	Deutschland 20,6

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

Veränderung 2008 zu 2019 in Prozentpunkten

△ 0,2	Bremen
▽ -1 bis 0	Deutschland -2,0
▽ -2 bis -1	Mecklenburg-Vorpommern
▽ -3 bis -2	
▽ -7,4 bis -5	

* Berücksichtigt wurden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Regierungsbezirken und statistischen Regionen sowie Ländern, in denen diese regionale Ebene nicht besteht.

0 50 100 km



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2021
Autor: T. Leibert
Redaktion: B. Hölzel
Kartographie: A. Kurth

Glossar

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (sv-Beschäftigte) sind alle Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind.

Quellen

André, Tim; Behr, Michael; Philippus, Udo u. Alexander Reuß (2020): Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 27, Iss. 01, pp. 17-24.

Bauer, David; Sonnenburg, Julia u. Michael Weber (2018): Für ein Viertel der älteren Beschäftigten in Sachsen könnte bald der Nachwuchs fehlen, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 25, Iss. 03, pp. 3-8.

Brussig, Martin (2015): Demografischer Wandel, Alterung und Arbeitsmarkt in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67:295–324. URL: DOI 10.1007/s11577-015-0313-x.

Destatis (Statistisches Bundesamt) (Hrsg.) (2020): Pressemitteilung Nr. 436 vom 2. November 2020: Jahr 2030: Mehr über 65-Jährige als unter 20-Jährige im Erwerbsleben. Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_436_12411.html
Abrufdatum: 22.04.2021

Destatis (Statistisches Bundesamt) (Hrsg.) (2021): Pressemitteilung Nr. 001 vom 4. Januar 2021: Erwerbstätigkeit 2020: Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt nach 14 Jahren beendet. Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_001_13321.html
Abrufdatum: 22.04.2021

Edzes, Arjen, van Dijk, Jouke u. Viktor Venhorst (2018): Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt der Niederlande mit Deutschland und Belgien: Jenseits von Romantik. In: Heintel, Martin, Musil, Robert, u. Norbert Weixlbaumer (Hrsg.): Grenzen. RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft. Springer VS, Wiesbaden. URL: https://doi.org/10.1007/978-3-658-18433-9_17.

Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris u. Brigitte Weber (2017): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Arbeitskräfteangebot sinkt auch bei hoher Zuwanderung, IAB-Kurzbericht, No. 6/2017, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.

Fuchs, Johann u. Brigitte Weber (2018): Fachkräftemangel: Inländische Personalreserven als Alternative zur Zuwanderung (=IAB Discussion Paper 7/2018). Nürnberg.

Fuchs, Johann; Kubis, Alexander u. Lutz Schneider (2019): Zuwanderung und Digitalisierung: Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig? Gütersloh.

Geis-Thöne, Wido (2021): Mögliche Entwicklungen des Fachkräfteangebots bis zum Jahr 2040. Eine Betrachtung der zentralen Determinanten und Vorausberechnung (=IW Report 11/2021). Köln.

Kamer, Caroline (2014): Schulabgänger ohne Abschluss – deutliche regionale Unterschiede. In: Nationalatlas aktuell 8 (10.2014) 8 [22.10.2014]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: http://aktuell.nationalatlas.de/ohne_Schulabschluss.8_10-2014.0.html

Ragnitz, Joachim (2020): Zunehmend mehr ausländische Beschäftigte in Sachsen, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 27, Iss. 01, pp. 25-28.

Ragnitz, Joachim (2019): Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 26, Iss. 03, pp. 3-5.

Ragnitz, Joachim (2018): Rückholung von Pendlern als Lösung für das ostdeutsche Fachkräfteproblem? In: ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 25, Iss. 02, pp. 26-28.

Wilke, Christina Benita (2020): Demografischer Wandel in Deutschland– Hintergründe, Zukunftsszenarien und Arbeitsmarktpotenziale. In: Rebeggiani, Luca, Wilke, Christina Benita u. Monika Wohlmann (Hrsg.): Megatrends aus Sicht der Volkswirtschaftslehre: Demografischer Wandel –Globalisierung & Umwelt –Digitalisierung, S. 3-24. Wiesbaden.

Witzke, Alexander Paul (2017): Arbeit im Alter – Geteilte Ziele und getrennte Wege in Deutschland und Japan (=WISO Direkt 36/2017). Bonn.

Zitierweise

Leibert, Tim (2021): Alterung und Stillstand auf dem Arbeitsmarkt. In: Nationalatlas aktuell 15 (05.2021) 2 [12.05.2021]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: http://aktuell.nationalatlas.de/arbeitsmarkt-2_05_2021-0-html/



Nationalatlas aktuell wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Autor



Dr. Tim Leibert

Leibniz-Institut für Länderkunde
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel: (0341) 600 55-188
E-Mail: t_leibert@leibniz-ifl.de